

## INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

### Amerikanische Gewerkschaften und Präsidentenwahl

Die Gewerkschaftsbewegung der USA ist keiner der beiden großen Parteien — Demokraten oder Republikaner — in irgendeiner Weise angeschlossen. Sie entscheidet bei örtlichen Wahlen ebenso wie im nationalen Rahmen von Fall zu Fall, welchen einzelnen Kandidaten sie nach dem alten Grundsatz „Freunden der Arbeiter zu helfen und ihren Feinden entgegenzutreten“, indirekt oder, was bisher in der ganzen Geschichte der amerikanischen „Unions“ nur dreimal bei Präsidentenwahlen vorkam, direkt ihre Unterstützung leiht. So versuchte *American Labor* in mehr als einem Fall, zum Zünglein an der Waage im politischen Raum zu werden. Wird sie das bei der nächsten Präsidentenwahl wirklich sein?

*American Labor* geht dieses Jahr sehr nüchtern in den Wahlkampf. Die Gewerkschaftsführer wissen, daß der Ausgang der Präsidentenwahl — so oder so — die künftige Rolle der Unions im amerikanischen Leben grundlegend mitbestimmen wird. Man wird entweder „dabei“ sein — oder endgültig draußen! Der Vorstand der AFL-CIO hat zwar bis zu den Parteikonventen im August die republikanische Verwaltung in den verschiedensten Zusammenhängen so heftig angegriffen, daß das eigentlich einer Sympathieerklärung an die politische Opposition gleichkam. Sie hat aber offiziell von jeder parteipolitischen Festlegung abgesehen. Leitende Gewerkschafter, die an den beiden Parteikongressen teilnahmen, taten dies als Privatpersonen. *George Meany* erteilte lediglich dem Repräsentantenhaus im Zusammenhang mit bestimmten Gesetzen, die die *Eisenhower*-Regierung durchgeführt hat, einen „fifty-fifty“-Zensurvermerk. Alles andere blieb unbestimmt: auf dem demokratischen Parteikonvent setzte sich *Walter Reuther* für *Stevenson*, *David McDonald* von den „*Steel workers*“ für *Harriman* ein, während beim republikanischen Konvent ein CIO-Funktionär es war, der die zweite Stimme für die Nominierung *Nixons* abgab. Offensichtlich gab es, obwohl im allgemeinen *F.D. Roosevelts* „New Deal“ und *Harry Trumans* „Fair Deal“ in Gewerkschaftskreisen als „arbeiterfreundlich“ betrachtet werden, diesmal starke Hemmungen, sich mit einem demokratischen Kandidaten zu identifizieren. Nicht wenige Gewerkschaftsführer waren für Neutralität.

Man blieb deshalb zuerst bewußt im Allgemeinen, als man beiden Parteien Memoranden überreichte, die den Standpunkt der AFL-CIO klarmachten. In einem 48seitigen *Statement* wurden fünf Punkte herausgestellt: Die Wich-

tigkeit, die man der nationalen Verteidigung und der Einheit der Freien Welt zumessen müßte; die Stärkung der nationalen Wirtschaft durch Hebung der Kaufkraft; die Forderung, das Taft-Hartley-Gesetz völlig zu verändern; Pensions- und Wohlfahrtsfonds für Arbeitnehmer zu schützen; gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der bürgerlichen Rechte (civil rights) zu ergreifen. — Dann ergriff man doch Partei.

Am 28. August beschloß das Executive Committee der AFL-CIO, der am 12. September tagenden Generalversammlung der Einheitsgewerkschaft zu empfehlen, sich im Wahlkampf öffentlich für die Präsidentschaft (bzw. Vizepräsidentschaft) von *Stevenson-Kefauver* zu erklären. Nach einer eintägigen Diskussion wurden zwei Abstimmungen vorgenommen. Die erste Frage war, ob die Gewerkschaften bei der Wahl überhaupt für einen der Kandidaten Stellung nehmen sollten. Sie wurde mit 14 gegen 8 Stimmen bejaht. Die zweite war, ob man *Adlai Stevenson* und *Estes Kefauver* unterstützen solle, was mit 17 gegen 5 Stimmen positiv beantwortet wurde, da drei der ursprünglich für parteipolitische Neutralität eintretenden Committee-Mitglieder sich der Mehrheit anschlossen. *George Meany*, der Präsident der „*American Federation of Labor and Congress of Industrial Organisations*“, und *William F. Schnitzler*, der Schatzmeister der Gesamtorganisation, beteiligten sich nicht an der Stimmabgabe, was einer allgemeinen Gepflogenheit entspricht, solange sich mit dieser Stimmenthaltung der zentralen Leitung das Gesamtergebnis einer Abstimmung nicht verschiebt.

Die treibende Kraft hinter dieser Politik zugunsten *Stevensons* war von Anfang an *Walter Reuther*, der CIO-Führer der Auto-Arbeiter. Er wurde unterstützt von *David Dubinski*, dem Vorsitzenden der „*International Ladies Garments Workers*“ von der ehemaligen AFL. Sie haben all ihren Einfluß geltend gemacht, um zu verhindern, daß etwa eine Neutralitätserklärung der Gewerkschaften als indirekte Zustimmung zum — republikanischen — Status quo ausgelegt werden könnte.

Eine andere Frage ist, ob die Mitglieder der Empfehlung folgen werden. *George Meany*, von Journalisten gefragt, welche praktische Bedeutung er der Empfehlung zumesse, antwortete vorsichtig und ein wenig sarkastisch: „Wir können keine Stimmabgabe kontrollieren. Wer für die Empfehlung eintritt, denkt aber wohl, daß diese Entscheidung einige Wähler beeinflußt. Die Berufspolitiker scheinen das anzunehmen. Sie bemühen sich jedenfalls manchmal sehr darum. .!“ Sowohl die Vorsicht wie die Ironie sind berechtigt. Nicht ganz mit Unrecht hat *Labor* die Niederlage *Stevensons* 1952 auch als eigene Niederlage empfunden: Einzelstatistiken zeigten, daß *Eisenhower* durchaus Arbeiterstimmen und vor allem Stimmen von Arbeiterfrauen bekommen hatte, die von dem

Versprechen „Ikes“ beeindruckt waren, daß er „die Jungens von Korea zurückbringen\* werde. Berechenbar wird auch diesmal das „Labor vote“ nicht sein. Vor allem auch deshalb nicht, weil der Prozentsatz der Nichtwähler unter den Gewerkschaftsmitgliedern keineswegs kleiner ist als in anderen Bevölkerungsschichten.

Wenn *Emil Rieve*, der Vorsitzende der Textilarbeiter in der AFL-CIO, kürzlich in Brighton den britischen Gewerkschaftern erklärte, daß die Mehrheit der amerikanischen Arbeiter die Wiederwahl Eisenhowers bekämpfe, so hat er sicherlich recht. Aber es gibt nicht nur zwei große Gewerkschaften, die „Brotherhood of Teamsters“ (1,25 Millionen Mitglieder) und die „Brotherhood of Carpenters“ (850 000 Mitglieder), deren Vorsitzende, *David Beck* bzw. *Maurice Hutcheson*, Republikaner der alten Garde sind und in ihren Verbänden keinen Finger für Stevenson rühren werden, sondern auch ständig neu sich in „Labor for Eisenhower“-Gruppen organisierende Dissidenten, darunter selbst eine Gruppe in Detroit, die von Funktionären der Reutherschen Autoarbeiter geführt wird.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Entscheidung der Gewerkschaftsmehrheit für den Kandidaten der Opposition richtig war. Stevenson ist zwar kein „Arbeitervertreter“, kein Sozialist — aber er ist, wie einer der führenden Gewerkschafter es einmal formuliert hat, einer von denen, die Labor als Bundesgenossen betrachten, während die Republikaner die organisierte Arbeiterschaft als „Objekt“ eventuell gutgemeinter Zugeständnisse ansehen. Die jetzige Verwaltung mit dem McCarthyismus usw. gleichzusetzen, wäre ungerecht. Eisenhower will wirklich eine neue „Grand old Party“, aber schon die Figur *Nixons* verschiebt das Bild sehr wesentlich. Der mögliche Nachfolger des Präsidenten ist ganz eindeutig kein „Freund der Arbeiterschaft“.

Die Entscheidung für Stevenson ist ein Wagnis. Sollte der „kleine Gouverneur“ von Illinois noch einmal besiegt werden, ist nicht nur er am Ende seiner politischen Karriere, soweit es den Anspruch auf das höchste Amt der Nation anlangt, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung würde in diesem Fall als politischer Faktor einen nur langsam wieder gutzumachenden Rückschlag erleiden: Man irrt sich nach Meinung des Durchschnittsamerikaners nicht zweimal! Meany hat dies klar erkannt und deshalb gezögert, die traditionelle parteipolitische Neutralität der Unions aufzugeben. Als er sich umstimmen ließ, nachdem Reuthers Dynamik eine Mehrheit fand, hat er sich der Einsicht gebeugt, daß der „neue“ Typ der amerikanischen Gewerkschaften — auch auf die Gefahr vorübergehender Niederlagen hin — im politischen Leben der Nation einfach Stellung nehmen muß.

*Karl O. Paetel (New York)*

## Neuer Start der APRA in Peru?

Die APRA, die größte und einzige Massenbewegung, die Südamerika kennt — wenn man einmal von dem stark etatistischen Peronismus in Argentinien absehen will —, ist durch die Wahlen in Peru vom 17. Juni dieses Jahres wieder zum Zuge gekommen. Es waren die ersten einigermaßen freien Wahlen, die das Land seit elf Jahren erlebt hat. Sie beendigten die Militärdiktatur des Generals-Präsidenten *Manuel A. Odría* und hoben an seiner Stelle *Manuel Prado Ugarteche* auf den Präsidentensitz, der sich der Unterstützung der Apristen erfreuen kann. Prado hatte bereits einmal von 1939 bis 1945 das höchste Amt inne. Er ist der Staatschef der Kriegszeit, auf dessen Amtsperiode in den Nachkriegsjahren 1945 bis 1948 die Herrschaft des den Apristen nahestehenden Präsidenten *Bustamante* folgte. Unter *Bustamante* besaß die APRA (Allianza Popular Revolucionaria Americana) die absolute Mehrheit im Parlament; hinter ihr standen vier Fünftel der peruanischen Wähler. Die Indios insbesondere waren, ob Analphabeten oder nicht, begeisterte und einhellige Bekenner des Aprismus, denn die Bewegung hatte ihnen die Wiedereinführung des Gemeinschaftsbesitzes, wie er im alten Inkastaat bestanden hat, versprochen. Auch heute noch erwartet die indianische Bevölkerung Perus von der APRA die Nationalisierung des Bodens und seine Bewirtschaftung durch eine Abart der inkaischen Kommune — natürlich mit den Hilfsmitteln moderner Technik.

Ehe die APRA, die während der ganzen Regierungszeit *Odrías* verboten war und illegal arbeiten mußte, wieder an die Oberfläche des politischen Lebens zurückkehren durfte, hat sie mit dem Militärdiktator und jenen ausländischen Kräften, die ihn stützten, langwierige vertrauliche Verhandlungen geführt. Es ging um die Voraussetzungen eines Außerkrafttretens der Paragraphen 95 bis 98 des in Peru geltenden Wahlgesetzes, die die Apristenpartei verbieten. Ferner handelt es sich um den Nachweis, daß Aprismus und Kommunismus zwei verschiedene Dinge seien. Der war nicht immer leicht zu führen.

Der bedeutende, in ganz Lateinamerika bekannte Gründer und Führer der APRA, *Victor Raul Haya de la Torre*, ist in jungen Jahren an der Moskauer Lenin-Universität geschult worden. Er hat in seiner radikalen Periode einmal den Satz geschrieben: „Um Kommunismus zu machen, müssen wir zuerst Aprismus machen: Kommunismus ist das Ziel, Aprismus das Mittel.“ Doch seit *Haya de la Torre* 1924 in Mexiko seine Bewegung gründete, hat sich vieles gewandelt, in der Alten und in der Neuen Welt. Die Kommunisten Perus mußten sich gerade in den ersten Nachkriegsjahren unter

Bustamente davon überzeugen, daß die Apristen sich ihrer Führung keineswegs unterordneten. Die Gegensätze wurden schließlich so groß, daß, als sich damals alle nicht-apristischen Parteien zusammenschlossen, um den Sturz Bustamentes herbeizuführen, auch die Kommunisten sich an dieser „Allianza Nacional“ beteiligten. Zwischen ihnen und den Apristen steht nicht nur die geistige Hinterlassenschaft des vorspanischen Inka-Staates, der ja keineswegs auf materialistisch-atheistischer Basis aufgebaut war, sondern auch eine erbitterte Rivalität im Buhlen um die Gunst der Massen. Welcher echte Anhänger des Marxismus-Leninismus könnte die Gültigkeit des apristischen Kampftrübs „Seasap“ anerkennen? „Seasap“ bedeutet: „Solo el Aprismo salvará al Perú“, zu deutsch: „Nur der Aprismus wird Peru retten.“ Dies Bekenntnis ist noch heute für Moskau unakzeptabel.

In langen Jahren erzwungener Muße in einem Zimmer der kolumbianischen Botschaft zu Lima, die ihm Asyl gewährte, hat Haya de la Torre, das geistige Haupt der Bewegung, sich überlegen können, was der Aprismus verkehrt gemacht hat und auf welche Weise es ihm gelingen könnte, die Lage besser zu meistern, falls er noch einmal in die Regierungsverantwortung einbezogen würde. Das Ergebnis sind einige Schriften, die zwar nicht das ursprüngliche Parteiprogramm aufgeben, aber doch erkennen lassen, daß auch dieser willensstarke und kenntnisreiche Mann eine Politik „als Kunst des Möglichen“ zu konzipieren beginnt.

Der Bann gegen seine Partei ist aufgehoben, er selber hat im Sommer 1956 Europa bereist, zu dessen sozialdemokratischen Parteien seine Bewegung gute Beziehungen unterhält, wenn sie auch der Sozialistischen Internationale nicht angehört. Dennoch hüllt er sich, abgesehen vielleicht von engsten Freunden, in vorsichtiges und beharrliches Schweigen. Noch als er Anfang August in Brüssel weilte, ließ er durch einen peruanischen Gewerkschaftsführer mitteilen, er fühle sich außerstande, öffentliche Feststellungen über die künftige Politik der APRA zu treffen. Er wolle auch nicht die Maßnahmen kommentieren, durch die seine Partei nach dem Verbot von Ende 1948 wieder legalisiert worden ist.

Diese Haltung gilt es zu respektieren. Zweifellos lastet auf dem Neuanfang von 1956 die Hypothek eines schlimmen Versagens während der Jahre 1945 bis 1948. Nur eine relativ belanglose Zahl von Reformgesetzen konnte damals verabschiedet werden, während andererseits die Wirtschaftslage Perus sich rasch verschlechterte. Schließlich fiel die APRA ungeachtet der kompakten Mehrheit, die draußen im Land hinter ihr stand, dem „Parlamentstreik“ der von ihr 1945 an die Wand gedrängten übrigen Parteien zum Opfer. Sie wußte sich kaum mehr zu helfen. In Callao brach am 3. Oktober 1948 eine angeblich zugunsten des

Aprismus veranstaltete Revolte der Marinestreitkräfte aus. Die Armee schlug sie blutig zusammen und begründete dann auf Erhebungen der Garnisonen von Lima und Arequipa ihrerseits eine Diktatur, deren Führer, General Odria, Präsident Bustamente absetzte.

Der Systemwechsel, der nunmehr in Peru stattfindet, kann nicht in einer Rückkehr zu den Methoden Bustamentes bestehen. Es ist auch unwahrscheinlich, daß er im Geist einer Frontstellung gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika oder gegen das in Peru arbeitende, politisch einflußreiche Auslandskapital erfolgt. Die Amtseinführung des neugewählten Staatspräsidenten Prado in Lima hat sich in Anwesenheit zahlreicher ausländischer Regierungsdelegationen vollzogen, die keineswegs eine „probolschewistische“ Haltung an den Tag legen. Dulles war persönlich zugegen. Sein Erscheinen gilt als Gewähr dafür, daß Peru sich unter der neuen Führung um einen stabilen Mittelkurs bemühen wird. Wie stellt sich zu dieser Absicht die apristische Ideologie?

Das Parteiprogramm der APRA umfaßt fünf Hauptpunkte: Erstens verlangt es eine Aktion gegen den nordamerikanischen Dollarimperialismus, zum zweiten erstrebt es die politische Einheit Lateinamerikas. Es ist daran zu erinnern, daß nicht nur in Peru, sondern auch in den Städten Ekuadors, Columbiens, Venezuelas und anderer süd- und mittelamerikanischer Länder das Wort „APRA“ oft in ungelenker Kreideschrift an den Hauswänden erscheint. Überall gibt es politische Gruppen und Bünde, die sozialreformerische Ideen apristischen Inhalts vertreten. In allen diesen Ländern ist ja eine latente Kampfbewegung der vom Latifundiensystem benachteiligten indianischen Ureinwohner am Werke. Überall herrschen Elend und Analphabetentum, und die Idee einer modernen agrarischen Neuordnung kann sich vielerorts auf die noch unvergessenen Traditionen indianischer Gemeinschaftsbesitzes aus der vorkolonialen Epoche berufen. — So ist denn am zugkräftigsten der dritte Punkt des Apristenprogramms: Nationalisierung von Boden und Industrie. Außenpolitisch illusionär, wenn auch im Moment durch den Suezkonflikt aktualisiert, wirkt die vierte Forderung: Internationalisierung des Panamakanals. Weniger belangreich, weil verschwommen und nach den jeweiligen praktisch politischen Gegebenheiten ausdeutbar, ist Punkt fünf: Das Verlangen nach Solidarität aller unterdrückten Völker und Klassen der Welt.

Läßt man dieses Programm auf dem Hintergrund der Situation der zweiten Hälfte des Jahres 1956 auf sich wirken, so fällt sogleich ins Auge, daß es schwer vereinbar ist mit der Tatsache, daß Perus Volkswirtschaft weitgehend von ausländischem Kapital und von der Zusammenarbeit mit nordamerikanischen Wirtschaftlern abhängig ist und bleibt. Die APRA-Führer sind sicherlich darüber informiert, daß

Präsident *Eisenhower* in Washington am 13. August in einer Note an die Staatsoberhäupter sämtlicher amerikanischer Republiken die Einberufung einer Konferenz vorgeschlagen hat, auf der „konkrete Vorschläge“ für die Intensivierung der Zusammenarbeit aller der „Organisation amerikanischer Staaten“ (OAS) angehörigen Länder des Kontinents gemacht werden sollen.

Eisenhowers Konferenzvorschlag geht zurück auf seine in Panama im Juli 1956 den Präsidenten nahezu aller Republiken der Neuen Welt übergebene Anregung, eine Untersuchung der obwaltenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse anzustellen. Von Seiten der USA möchte der Präsident seinen Bruder, *Dr. Milton Eisenhower*, mit dieser wichtigen Aufgabe betraut wissen. Vermutlich wird kein einziges lateinamerikanisches Land, das ähnlich wie Peru vor der Notwendigkeit steht, einen politisch-sozialen „New Deal“ einzuleiten, versäumen, sich für diesen Appell aus dem Weißen Haus zu interessieren. Eisenhower will, wie er in diesem Zusammenhang äußerte, u. a. nordamerikanische Hilfe für die Wahrnehmung der Atomenergie für friedliche Zwecke anbieten.

In Lima wie in Buenos Aires, in Rio wie in Santiago und überhaupt in jeder lateinamerikanischen Hauptstadt ist es als Fortführung dieser Eisenhower-Initiative verstanden worden, daß der Präsident am 5. September einen bekannten Manager der nordamerikanischen Stahlindustrie, *Benjamin F. Fairless*, beauf-

tragte, das ganze Auslandhilfsprogramm der Vereinigten Staaten einer genauen Untersuchung zu unterziehen. Von einer solchen Maßnahme erwarten die Südamerikaner, daß sie zu verbesserter Berücksichtigung ihrer eigenen Wünsche auf wirtschaftliche Assistenz führen wird. Nach südamerikanischer Ansicht ist ihr Kontinent gegenüber Europa und Asien bei der Marshallplanhilfe und bei der Unterstützung „schwach entwickelter Völker“ entschieden zu kurz gekommen. Man glaubt, daß eine Arbeitstagung, die *Eisenhower* an diesem 5. September mit Außenminister *Dulles* und seinem Unterstaatssekretär *Hoover jun.* sowie mit dem Chef der Auslandshilfsorganisation, *John Hollister*, und dem Spezialbeauftragten für ausländische Anlagen, *Clarence Randall*, hatte, einer Änderung dieses Zustandes gegolten hat. Das alles kann auf die neuen Männer in Peru und auf die Leiter der apristischen Volksbewegung nicht ohne Eindruck geblieben sein.

Aprismus und „Dollarimperialismus“ sind unvereinbar! Aprismus und Dollarhilfe aber werden genötigt sein, miteinander zu „friedlicher Koexistenz“ zu kommen. Das kann, wenn nicht alles trügt, im Zeichen panamerikanischer guter Nachbarschaft und auf sozialpolitischem Gebiet unter Anwendung moderner amerikanischer Gewerkschaftspraxis auf peruanische Gegebenheiten und apristische Reformziele geschehen. Mehr zu sagen, wäre im Augenblick verfrüht.

*Hans Drugis*